

Impulse setzen – Binnennachfrage stärken!

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen 2016

Inhaltsübersicht

Konjunktur in Deutschland: Robust in schwierigem Umfeld 1

Binnennachfrage trägt die konjunkturelle Entwicklung 4

Misere der Eurozone hält an – Globale Aussichten getrübt 5

Investitionsstau auflösen, Unterfinanzierung öffentlicher Haushalte beenden! 7

Durch höhere Löhne die Binnenkonjunktur stärken! 9

Konjunktur in Deutschland: Robust in schwierigem Umfeld

Die Wirtschaftslage war letztes Jahr robust. Das deutsche Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) bewegte sich mit 1,7 Prozent auf einem gleichbleibenden, eher mäßigen Niveau wie 2014 (1,6 Prozent). Gegenüber den Jahren 2012 und 2013, als die Wirtschaft fast gar nicht gewachsen war, war dies eine Verbesserung.

Für 2016 und 2017 prognostizieren die Wirtschaftsforschungsinstitute ein weiteres leichtes Wachstum. Die Gemeinschaftsdiagnose (GD) geht für das aktuelle Jahr von einer Zunahme des realen BIP von 1,6 Prozent aus, für 2017 von 1,5 Prozent.

Das gewerkschaftsnahe Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) nennt ähnliche Werte. Es prognostiziert ein Wachstum von 1,5 Prozent in 2016 und nochmals 1,5 Prozent in 2017. Ein Grund für die eher zurückhaltenden Prognosen beider Institute ist die Abschwächung der Weltwirtschaft gegen Ende des vergangenen Jahres.

Die robuste wirtschaftliche Entwicklung im vergangenen Jahr war mit deutlichen Steigerungen bei Löhnen und Gehältern verbunden. Die Tariflöhne sind nach Angaben des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) 2015 um 2,4 Prozent gestiegen.

Um 2,8 Prozent stiegen nach Angaben des WSI die Nominallöhne je Arbeitnehmer. Die preisbereinigten Reallöhne erhöhten sich um 2,5 Prozent. Dies ist der höchste Anstieg seit

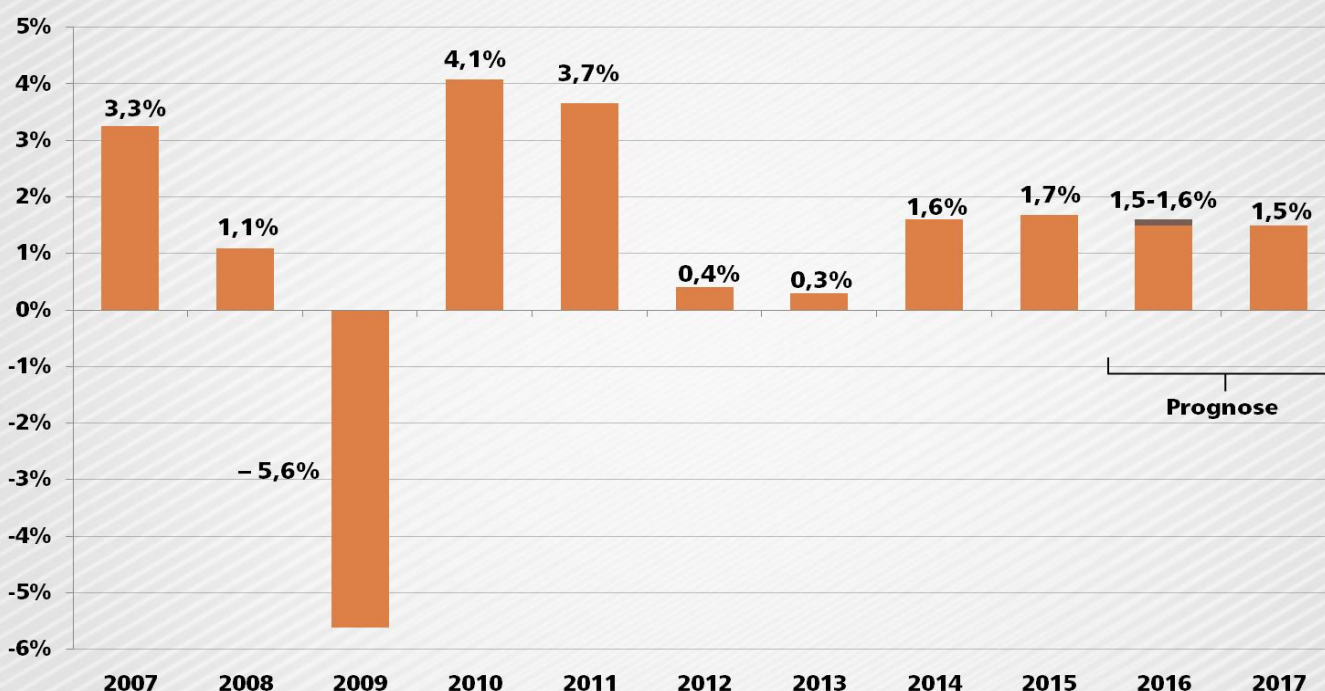
mehreren Jahren. Zu diesem vergleichsweise hohen Zuwachs bei den Realeinkommen trug erheblich die niedrige Inflation bei: Sie lag 2015 in Deutschland bei nur 0,3 Prozent.

Über einen besonders hohen Anstieg ihres Einkommens konnten sich viele Beschäftigte im Niedriglohnbereich freuen. Hier kam die Einführung des Mindestlohns unmittelbar zum Tragen gekommen.

Am Arbeitsmarkt hat sich der Anstieg bei den Beschäftigungsverhältnissen weiter fortgesetzt. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts stieg letztes Jahr die Zahl der Erwerbstätigen um 0,8 Prozent auf fast 43 Millionen, die Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sogar um 2,1 Prozent auf fast 38,7 Millionen. Dabei erhöhte sich zum zweiten Jahr in Folge auch die Zahl der tatsächlich geleisteten Stunden.

Das Wachstum bleibt moderat

Preisbereinigtes Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland, 2007-2017



Es wurde also nicht einfach nur die gleiche Arbeit auf mehr Beschäftigungsverhältnisse verteilt, wie in den Jahren zuvor, sondern zusätzliche Arbeit tatsächlich geschaffen.

Zugenommen haben dabei sowohl die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Vollzeit als auch die atypische Beschäftigung, letztere allerdings in stärkerem Ausmaß. Daher ist der Anteil von Teilzeitstellen, Leiharbeit und Minijobs an der Gesamtbeschäftigung erneut angestiegen. Er weist nun nach

» **Atypische Beschäftigung nimmt weiter zu.**

Angaben der Hans-Böckler-Stiftung den höchsten Stand seit 13 Jahren aus. So waren 2015 etwa 39,3 Prozent aller abhängigen Hauptbeschäftigungsverhältnisse (ohne Beamte und Selbständige) solche atypischen Beschäftigungsverhältnisse, 2014 lag der Anteil noch bei 38,9 Prozent.

Die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten war im Dezember 2015 allerdings laut Statistischem Bundesamt um 177.250 Personen oder 3,5 Prozent niedriger als im Dezember 2014. Durch die Einführung des Mindestlohns hat diese Beschäftigungsform – oft zu Niedriglöhnen – für Arbeitgeber offenbar an Attraktivität verloren. Zumindest ein Teil der weggefallenen Stellen wurde in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt. Dies ist eine seitens der Mindestlohn-Befürworter durchaus erhoffte Wirkung: Der Mindestlohn hat bestimmte atypische Beschäftigungsmodelle zurückgedrängt. Auch deshalb ist er ein Erfolgsmodell.

Überhaupt zeigt sich im Rückblick, dass die negativen Szenarien, die von Mindestlohn-Kritikern vor dessen Einführung geradezu gebetsmühlenartig vorgetragen wurden, nicht

eingetreten sind. Beispielsweise schrieb die neoliberale, arbeitgeberfinanzierte „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ 2014: „Experten gehen davon aus, dass ein flächendeckender Mindestlohn von 8,50 Euro 570.000 bis 900.000 Arbeitsplätze gefährdet.“ Und der damalige Chef des Münchner ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, verkündete: „Ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro würde nach unseren Schätzungen gut eine Million Arbeitsplätze vernichten“.

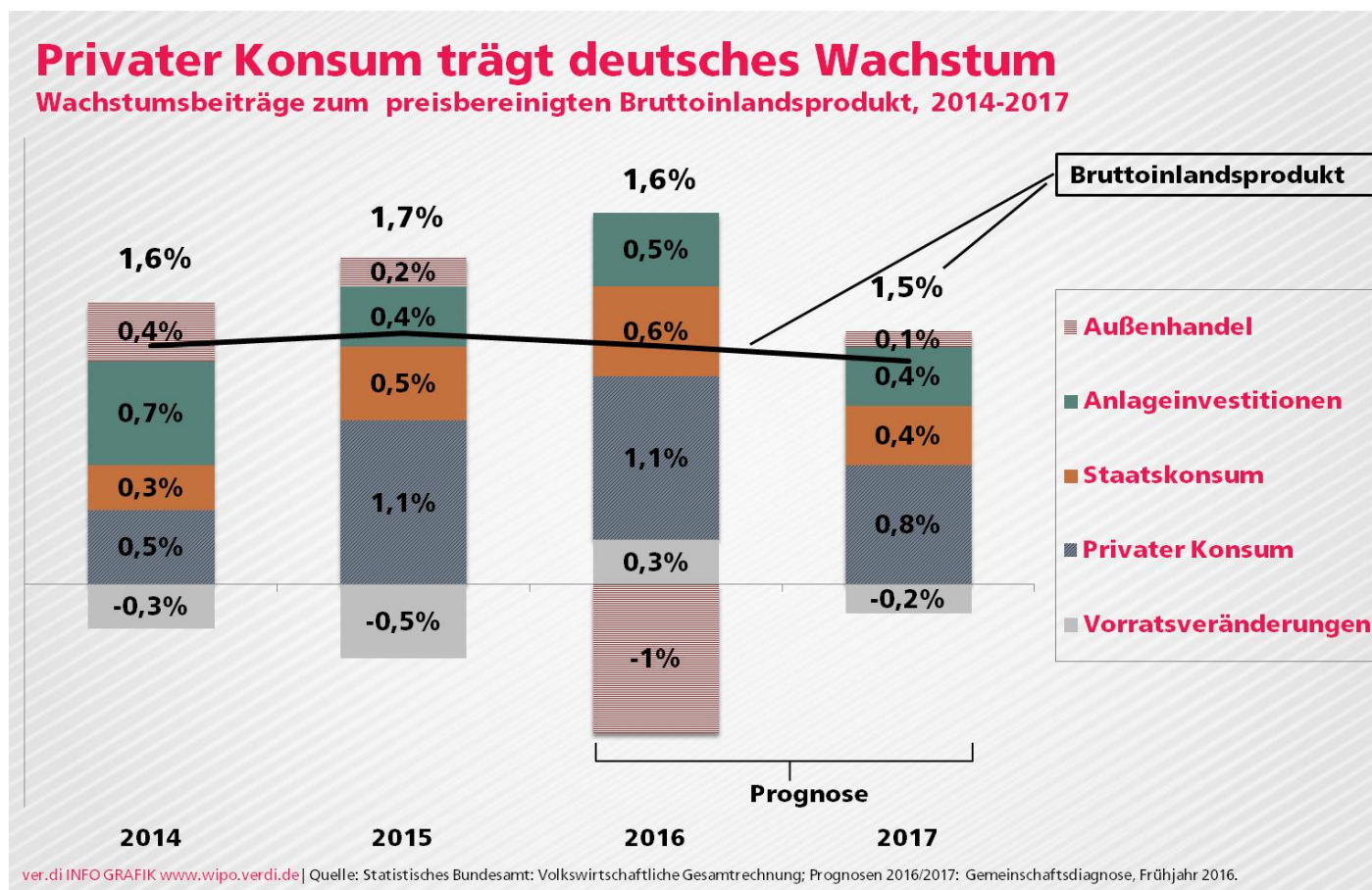
In der Praxis war der Mindestlohn kein Jobkiller. Ganz im Gegenteil sind Beschäftigungsverhältnisse vor allem in Niedriglohn-Branchen neu entstanden, in denen der Mindestlohn in überdurchschnittlichem Umfang zum Tragen kam: etwa „Verkehr und Lagerei“ (unter anderem Lagerwirtschaft, Taxis), „sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen“ (unter anderem Hausmeisterdienste, Wach- und Sicherheitsgewerbe) sowie das Hotel- und Gaststättengewerbe.

Für die kommenden beiden Jahre prognostizieren die Wirtschaftsforschungsinstitute eine weitere leichte Erholung am Arbeitsmarkt. Die GD geht von einer Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen um 1,2 Prozent in 2016 und 0,9 Prozent in 2017 aus. Das IMK prognostiziert in 2016 eine Zunahme der Erwerbstätigen um 472.000 Personen oder 1,1 Prozent und in 2017 von 389.000 Personen oder 0,9 Prozent.

Binnennachfrage trägt die konjunkturelle Entwicklung

Tragende Säule der deutschen Konjunktur ist die starke Binnennachfrage. Hier schlagen sich die positive Reallohnentwicklung der zurückliegenden Jahre sowie die gewachsene Beschäftigung nieder. Die Menschen haben wieder mehr Geld in ihren Taschen, das sie ausgeben können. Der private Konsum ist so stark gestiegen wie seit dem Jahr 2000 nicht mehr. Die Binnennachfrage wird gemäß der Gemeinschaftsdiagnose auch in den kommenden beiden Jahren der wichtigste Faktor des Wachstums in Deutschland bleiben.

Die Staatsausgaben haben 2015 leicht zugelegt, was unter anderem auf die zusätzlichen Ausgaben in Folge des Flüchtlingszuzugs zurückzuführen ist. Insgesamt sind die Ausgaben von Bund, Ländern und Kommunen damit zu einem treibenden Faktor des Wachstums geworden. Gleichwohl bleibt die deutsche Finanzpolitik hinter ihren Möglichkeiten zurück. Bestehende Verschuldungs- und Ausgabenspielräume werden nicht ausgeschöpft. Die „schwarze Null“, ja sogar Überschüsse in den öffentlichen Haushalten dürften auch weiterhin oberstes Ziel bleiben. Die Staatsausgaben werden daher auch in den kommenden Jahren wohl nur unzureichend zur wirtschaftlichen Entwicklung beitragen.



Die Investitionstätigkeit der Unternehmen ist hingegen weiterhin schwach und trägt kaum zum Wachstum bei. Für Verunsicherung dürften die anhaltende Krise des Euroraums, die schwächelnde Konjunktur in vielen Schwellenländern sowie allgemeine geopolitischen Risiken gesorgt haben.

Vor dem Hintergrund einer weltwirtschaftlichen Abkühlung schwächelte der Außenhandel. Zum Jahresende 2015 verringerten sich die deutschen Ausfuhren erstmals seit drei Jahren. Preisbereinigt wird der Außenhandel laut Gemeinschaftsdiagnose dieses Jahr einen negativen, in 2017 einen nur minimal positiven Beitrag zum Wachstum leisten. Das IMK prognostiziert für beide Jahre sogar einen negativen Wachstumsbeitrag.

Die deutsche Konjunktur wird damit auch in den kommenden zwei Jahren von der Binnennachfrage getragen. Der Exportüberschuss nimmt nicht weiter zu, sondern stagniert bzw. wird preisbereinigt

sogar etwas geringer. Diese Entwicklung ist grundsätzlich

» Die Binnennachfrage trägt auch weiterhin die konjunkturelle Entwicklung.

positiv: Eine wirtschaftliche Entwicklung, die von steigenden Exportüberschüssen abhängt, ist höchst problematisch. Sie stößt früher oder später an Grenzen. Denn mit Exportüberschüssen ist notwendigerweise eine ständig steigende Auslandsverschuldung anderer Länder verbunden. Der Abbau internationaler Ungleichgewichte und Verschuldungsprobleme, die auch eine wesentliche Ursache der Eurokrise sind, erfordert auch eine schrittweise Reduzierung der deutschen Überschüsse.

Misere der Eurozone hält an – globale Aussichten getrübt

Der Internationale Währungsfonds hat infolge der sich verschlechternden Bedingungen seine weltwirtschaftliche Wachstumsprognose für die Jahre 2016 und 2017 um 0,2 Prozent auf 3,4 Prozent bzw. 3,6 Prozent nach unten korrigiert. Ausschlaggebend für die eingetrübten Aussichten sind schwächere Wachstumsraten insbesondere in China und einigen anderen Schwellenländern, hinzu kommt eine anhaltend schwierige wirtschaftliche Lage in Japan.

In den USA zeigt sich die Konjunktur hingegen noch vergleichsweise robust. Zum dortigen Wirtschaftswachstum trugen wachsende private Konsumausgaben bei, gestützt vom niedrigen Ölpreis und von steigenden Vermögenspreisen. Allerdings mehren sich auch in den USA Hinweise auf eine mögliche Abschwächung der Konjunktur.

Auf die einzelnen Länder sehr unterschiedlich wirken sich die derzeit extrem niedrigen Preise für Erdöl und andere Rohstoffe aus. Sie haben ihre Ursachen darin, dass seit einiger Zeit die Fördermenge die Nachfrage deutlich übersteigt. Gründe dafür sind zum einen eine rückläufige Nachfrage etwa in China, zum anderen (vor allem beim Erdöl) eine vergleichsweise hohe Fördermenge. Auf der einen Seite bewirkt ein fallender bzw. niedriger Ölpreis, dass Erdölimportierende Länder profitieren: Er senkt ihre Importkosten. Auf der anderen Seite schadet ein niedriger Ölpreis den Erdöl-exportierenden Ländern durch entsprechende Einkommensverluste. Viele dieser Länder sind wichtige Handelspartner Deutschlands.

Auch Europa blieb und bleibt von dieser Entwicklung nicht unberührt. Der Kontinent ist seit mittlerweile fast zehn Jahren in einer wirtschaftlichen Krise gefangen. Zwar hat die Eurozone im Jahr 2015 insgesamt ein reales BIP-Wachstum von 1,5 Prozent verzeichnen können, doch auch hier kühlte sich die Wirtschaft zum Jahresende ab.

» **Einige Länder der Eurozone stecken nach wie vor tief in der Krise.**

Zudem stehen hinter diesem Durchschnittswert sehr unterschiedliche Zahlen in den einzelnen Ländern: Einige konnten nur ein sehr schwaches Wachstum verzeichnen (etwa Italien mit 0,6 Prozent und Finnland mit 0,4 Prozent), Griechenland schrumpfte sogar um 0,3 Prozent. Andere Länder verzeichneten ein deutlich höheres Wachstum, etwa Spanien mit 3,2 Prozent oder die Slowakei mit 3,6 Prozent. Das IMK geht für die kommenden zwei Jahre von anhaltend mäßigen Wachstumsraten in der Eurozone aus: 2016 erwartet das Institut ein Wachstum des realen BIP von 1,4 Prozent, 2017 sollen es wieder 1,5 Prozent sein.

Die Politik des Defizitabbaus durch Ausgabenkürzungen (Austerität) in vielen Euro-Staaten sowie die schwache Entwicklung der Löhne und damit der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ist, neben den sinkenden Preisen für Öl und andere importierte Rohstoffe, ein Grund für die nach wie vor viel zu niedrige Inflation im Euroraum. Die von der Europäischen Zentralbank (EZB) angestrebten knapp zwei Prozent wurden in 2015 erneut deutlich verfehlt. Dies ist ein Zeichen dafür, dass Europa und der Euroraum sich wirtschaftlich nach wie vor nicht erholen. In einigen Ländern waren die Konsumentenpreise 2015 sogar rückläufig, so etwa in Griechenland, Finnland und Spanien. Mit einem Wachstum von

1,8 Prozent war die wirtschaftliche Entwicklung in der EU insgesamt erneut besser als in der Eurozone.

Als Reaktion auf die miserable wirtschaftliche Lage in einigen Ländern, auf die teils sogar deflationäre Entwicklung der Verbraucherpreise und auf die schleppende Kreditvergabe der Banken betreibt die EZB seit geraumer Zeit eine sehr expansive Geldpolitik: Sie setzt auf Niedrigstzinsen und den Ankauf von Staatsanleihen. Dafür sieht sie sich scharfer Kritik insbesondere von Seiten Konservativer und Liberaler aus Deutschland ausgesetzt. Diese Kritik verkennt, dass es der EZB immerhin gelungen ist, die schlimmsten Auswüchse der Eurokrise und die unmittelbare Gefahr von Staatspleiten zu unterbinden. Auch drohen fatale Folgen, sollte sie die Zinsen nun anheben, wie ihre Kritiker fordern: Der Schuldendienst der öffentlichen Haushalte würde wieder ansteigen, und durch die Insolvenz zahlreicher Banken wäre eine erneute Bankenkrise wahrscheinlich.

Eine Belebung der Wirtschaft oder eine nennenswerte Erhöhung der Inflation hat die EZB gleichwohl nicht erreicht. Ihre Schuld ist das allerdings nicht: Nach wie vor belastet die seit Jahren erfolglos praktizierte Kürzungspolitik die europäischen Volkswirtschaften. Das Spardiktat, dem sich die Krisenländer in Europa unterwerfen mussten, wirkt sich hier unmittelbar aus. Und in Überschussländern wie Deutschland, in denen erhebliche Spielräume für höhere Staatsausgaben und Löhne vorhanden sind, werden diese nicht genutzt.

Investitionsstau auflösen, Unterfinanzierung öffentlicher Aufgaben beenden!

Angesichts seiner Größe und der vergleichsweise robusten Situation seiner öffentlichen Haushalte könnte Deutschland ohne weiteres eine expansivere Finanzpolitik betreiben. Zudem sind die Aufgaben enorm, vor denen Deutschland steht. Um nur einige zu nennen: Die Infrastruktur wie Straßen, Brücken oder Schienen zerfällt; in Großstädten und Universitätsstädten mangelt es an Wohnraum; eine große Zahl an Flüchtlingen sind in Gesellschaft und Arbeitsmarkt zu integrieren; viele ländliche Regionen sind von leistungsfähigen Breitbandnetzen abgeschnitten; die Energiewende erfordert einen raschen Ausbau der Energienetze; nicht nur die Bereiche Pflege und Bildung sind drastisch unterfinanziert. Hinzu kommt der Rückstand der Löhne im Öffentlichen Dienst gegenüber der Privatwirtschaft, den es zu beheben gilt, will der Öffentliche Dienst für qualifiziertes Personal attraktiv bleiben.

All dies erfordert höhere Ausgaben durch Bund, Länder und Gemeinden. Gerade bei den Infrastrukturinvestitionen spielen Kommunen eine große Rolle. Noch Anfang der 1990er Jahre verausgabten sie hierfür drei bis vier Mal mehr als Bund und Länder. 1991 betragen die Infrastrukturinvestitionen der Kommunen etwa 1,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, mittlerweile hat sich dieser Wert mehr als halbiert. Auch bei Bund und Ländern sind die Ausgaben für Investitionen zurückgefahren worden, wengleich von niedrigerem Niveau aus und nicht im gleichen Umfang wie bei den Kommunen. Sie liegen heute bei etwa 0,3 Prozent des BIP. Zwar muss man

berücksichtigen, dass insbesondere bei den Kommunen ein Teil dieses Rückgangs auf Auslagerungen und Privatisierungen zurückzuführen ist. Gleichwohl ändert dies nichts an der Feststellung, dass die öffentlichen Haushalte in den vergangenen Jahren gerade bei den Investitionen massiv gekürzt haben.

Hierdurch ist mittlerweile ein immenser Investitionsstau aufgelaufen. Um einige Zahlen zu nennen: Die KfW ermittelt im Rahmen ihres Kommunalpanels regelmäßig den seitens der Kommunen geschätzten Rückstand bei ihren Infrastruktur-Ausgaben. 2014 wurde dieser Investitionsstau auf 132 Milliarden Euro beziffert, neben kommunalen Verkehrswegen betrifft er et-

» Deutschland hat enorme Ausgabebedarfe.

wa auch kommunale Gebäude, Sportstätten, Ver- und Entsorgungseinrichtungen sowie Gesundheitsinfrastruktur. Der Investitionsstau in Krankenhäusern beträgt mittlerweile bis zu 50 Milliarden Euro. Das DIW hat 2013 die jährliche Unterfinanzierung der Verkehrsinfrastruktur (Straße, Schiene, Wasser) in Deutschland auf rund 6,5 Milliarden Euro geschätzt. Im Bildungsbereich liegen die zusätzlichen Investitionsbedarfe bei etwa 40 Milliarden Euro jährlich.

Die Ausgabenbedarfe sind also enorm. Höhere Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden sind aber nicht nur inhaltlich sinnvoll, sondern auch wirtschaftlich vernünftig. Dies hat sich 2015 nicht zuletzt an den Ausgaben für die Unterbringung, Versorgung und Betreuung der neu angekommenen Flüchtlinge gezeigt.

Dieses Geld wirkte wie ein kleines Konjunkturprogramm: Sowohl Geldleistungen, die direkt an Flüchtlinge gehen, als auch Ausgaben für Gebäude und Personal fließen wieder in die deutsche Wirtschaft zurück. Sie bilden volkswirtschaftliche Nachfrage, stützen die Konjunktur und schaffen Arbeitsplätze. Die vergleichsweise robuste Verfassung der deutschen Wirtschaft ist auch auf diese Effekte zurückzuführen.

Höhere öffentliche Ausgaben und mehr Investitionen durch Bund, Länder und Gemeinden stellen als Komponenten der volkswirtschaftlichen Nachfrage aber auch einen wichtigen Faktor zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage in Europa dar. Sie sind daher nicht nur binnenwirtschaftlich vernünftig, sondern auch im europäischen Rahmen mehr als notwendig. Als größtes und vergleichsweise robustes Land in der Eurozone muss Deutschland endlich einen größeren Beitrag dazu leisten, die europaweite Misere zu beenden.

Die finanzielle Lage der öffentlichen Haushalte in Deutschland würde eine solche expansivere Finanzpolitik durchaus erlauben. Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen haben 2015 einen Überschuss von 29,5 Milliarden Euro erzielt, der vierte Überschuss seit 2012 in Folge. Alleine auf den Bund entfielen davon 10,3 Milliarden Euro. Für 2016 prognostiziert das IMK in seiner aktuellen Steuerschätzung einen Anstieg der Steuereinnahmen um 2,7 Prozent, in 2017 um 5,0 Prozent.

Seit 2010 konnte Deutschland seinen Schuldenstand (in Maastricht-Abgrenzung) von 81 auf 71,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im dritten Quartal 2015 reduzieren. Der zusätzliche

Ausgaben- und Verschuldungsspielraum dürfte im Jahr 2016 bei bis zu 0,9 Prozent des BIP liegen, also etwa 28 Milliarden Euro betragen.

Finanzielle Handlungsspielräume sind also durchaus vorhanden. Um die notwendigen Ausgaben und Investitionen zu tätigen, werden sie allerdings nicht ausreichen. Notwendig ist daher zweierlei: Erstens ein flexiblerer Umgang mit der „Schuldenbremse“. Ausgeglichene Haushalte dürfen kein Selbstzweck sein, und insbesondere dürfen sie nicht die Zukunft unserer Gesellschaft aufs Spiel setzen. Zweitens brauchen Bund, Länder und Kommunen höhere Steuereinnahmen. Die Forderung von ver.di nach einer höheren Besteuerung hoher Einkommen, Vermögen und Erbschaften sowie finanzstarker Unternehmen ist daher nach wie vor höchst aktuell.

Selbst die politisch Handelnden haben inzwischen erkannt, dass die notwendigen öffentlichen Ausgaben unter den Bedingungen der „schwarzen Null“ und der derzeitigen Steuergesetzgebung nicht umsetzbar sind. Anstatt aber einen grundsätzlichen Politikwechsel anzugehen, verfolgen sie einen anderen Weg: Eine Verkehrsinfrastrukturgesellschaft des Bundes soll nach dem Willen der Bundesregierung die Finanzierung, den Betrieb und die Verwaltung der Bundesfernstraßen übernehmen. Dazu soll sie privates Kapital zu überhöhten Zinsen aufnehmen und im Rahmen Öffentlich-Privater Partnerschaften private Unternehmen einbinden.

In der Konsequenz würden die Finanzierung, die Verwaltung und der Betrieb der Bundesfernstraßen in Deutschland dadurch teurer, intransparenter und ineffizienter. Weiteren Privatisierungen würde der Weg geebnet.

» Eine expansivere Ausgabenpolitik wäre möglich.

Durch höhere Löhne die Binnenkonjunktur stärken!

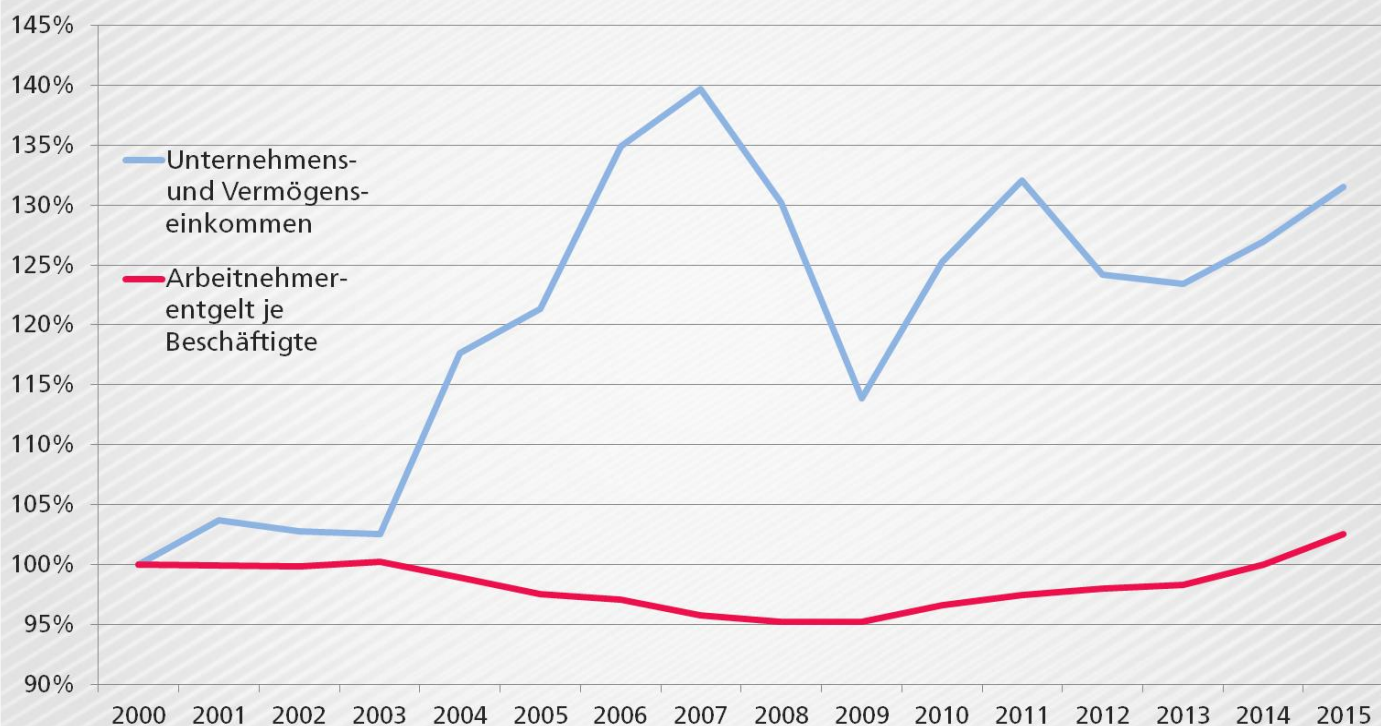
In den 2000er Jahren haben die Beschäftigten in Deutschland empfindliche Einbußen bei ihren Einkommen erlitten. Die Schere zwischen Löhnen und Profiten hat sich weit geöffnet; Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wurden am wachsenden Wohlstand nicht mehr beteiligt. Für viele Beschäftigte, gerade in den unteren Entgeltgruppen oder in Teilzeitarbeit, hat das bis heute dramatische Folgen. Armut trotz Arbeit hat beträchtlich zugenommen – erkennbar etwa, wenn ergänzend zum Lohn oder Gehalt noch Sozialhilfe notwendig ist oder wenn immer mehr Beschäftigte Nebenjobs annehmen müssen.

Seit 2010 profitieren nun auch die Beschäftigten vom Aufschwung. Der Rückstand der

Löhne und Gehälter gegenüber Unternehmensgewinnen und Vermögenseinkommen ist aber noch immer beträchtlich. Hier gibt es Nachholbedarf über fast alle Branchen hinweg.

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben dabei im Verhältnis zur Tarifentwicklung in der Privatwirtschaft einen zusätzlichen Nachholbedarf. Die Tarifentwicklung ist hier in den vergangenen 15 Jahren deutlich langsamer verlaufen als in vielen anderen Branchen. Seit dem Jahr 2000 sind die Tarifvergütungen im öffentlichen Dienst in Deutschland nur um 37,7 Prozent gestiegen, in der Gesamtwirtschaft dagegen um 41,5 Prozent und in einzelnen Branchen der Privatwirtschaft sogar um bis zu 48,6 Prozent (Metallindustrie).

Schere zwischen Lohn und Profit immer noch weit offen Preisbereinigte Entwicklung 2000 bis 2015



Die größeren Tarifsteigerungen der Jahre 2013 bis 2015 haben den Rückstand des öffentlichen Dienstes verringert. Der Ende April erzielte Abschluss in der Tarifrunde bei Bund und Kommunen stellt einen weiteren Schritt dar, um die Entgelte im Öffentlichen Dienst wieder stärker an die Entgelte in der Gesamtwirtschaft heranzuführen.

Es gibt also gute Gründe für höhere Löhne und Gehälter. Die nach wie vor zu hohen Exportüberschüsse Deutschlands zeigen zudem, dass die

internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen nicht gefährdet ist.

Kräftige Lohnsteigerungen sind also möglich – ja mehr noch: Sie sind sogar sinnvoll und notwendig. Denn je stärker die Löhne und Gehälter steigen, desto dynamischer entwickelt sich die Binnennachfrage und damit die Wachstumsdynamik und desto mehr reduziert sich die Exportabhängigkeit der deutschen Wirtschaft. Zugleich reduzieren sich hierdurch die wirtschaftlichen Ungleichgewichte und Krisenfaktoren in Europa.

Impressum

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Bundesvorstand, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin – Ressort 1, Frank Bsirske
Bereich Wirtschaftspolitik: Dr. Dierk Hirschel, Ralf Krämer, Dr. Patrick Schreiner, Anita Weber, Mai 2016

Kontakt: wirtschaftspolitik@verdi.de